RICHARD V. BURKHAUSER

Cornell University (USA) und IZA (Deutschland)

KEVIN CORINTH

University of Chicago (USA)



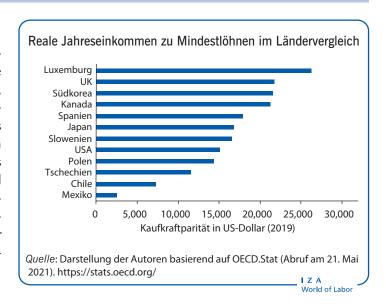
Warum der Mindestlohn zur Armutsbekämpfung nicht geeignet ist

Die negative Einkommensteuer ist im Vergleich zum Mindestlohn ein effektiveres und kostengünstigeres Instrument zur Armutsbekämpfung

Schlagworte: Mindestlohn, negative Einkommensteuer, Erwerbsarmut

RELEVANZ DES THEMAS

Die empirische Forschung zeigt, dass sich Mindestlohnerhöhungen nicht zur Armutsbekämpfung eignen. Denn die Arbeitnehmer, die von höheren Mindestlöhnen profitieren, sind zum Großteil gar nicht von Armut betroffen. Umgekehrt können Mindestlohnerhöhungen dazu führen, dass Geringverdiener aus armutsbedrohten Haushalten ihren Job verlieren. Eine negative Einkommensteuer im Stile des "Earned Income Tax Credit" in den USA ist effektiver, weil sie gezielt die Nettolöhne von Arbeitnehmern aus einkommensschwachen Haushalten anhebt, wobei die Steuergutschrift mit der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder steigt. Studien belegen positive Effekte auf Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung in diesen Familien.



WICHTIGE RESULTATE

Pro

- Es gibt praktisch keine Belege für einen Kausalzusammenhang zwischen höheren Mindestlöhnen und geringerer Armut in der Gesamt- oder Erwerbsbevölkerung.
- Mindestlohnerhöhungen kommen primär Arbeitnehmern in nicht von Armut bedrohten Familien zugute.
- Einige Arbeitnehmer verlieren infolge höherer Mindestlöhne ihren Job, was zu Armut führen kann.
- Der Großteil der armutsbedrohten Erwerbsbevölkerung ist arbeitslos, teilzeitbeschäftigt oder verdient bereits über dem Mindestlohn.
- Einkommensteuergutschriften steigern auf effiziente Weise das Einkommen und die Beschäftigungschancen armutsbedrohter Haushalte.

Contra

- Moderate Mindestlohnerhöhungen haben allenfalls einen geringfügigen Negativeffekt auf die Beschäftigung.
- Mindestlöhne belasten den Staatshaushalt nicht, weil sie nicht steuerfinanziert sind.
- Höhere Mindestlöhne kurbeln den Konsum an, was der Gesamtwirtschaft nützt und einen Teil der negativen Beschäftigungseffekte zumindest kurzfristig aufwiegt.
- In guten Zeiten mit wachsender Arbeitsnachfrage können Mindestlohnerhöhungen zur Verringerung der Armut beitragen, wenn die Beschäftigungseffekte gering sind.

KERNBOTSCHAFT DES AUTORS

Die Einführung oder Erhöhung von gesetzlichen Mindestlöhnen ist ein gängiges Politikinstrument zur Armutsbekämpfung. Doch zur Erreichung dieses Ziels ist der Mindestlohn denkbar ungeeignet. Zwar können höhere Mindestlöhne manchen Familien den Weg aus der Armut ebnen. Zugleich jedoch drohen andere durch Jobverlust in die Armut abzurutschen. Hingegen kann eine negative Einkommensteuer den gleichen Nutzen zu geringeren Kosten erzielen. Die Steuergutschriften kommen gezielt Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen zugute, was zu steigender Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung in diesen Familien führt.